

# Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Spalte, Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Zeitbreite 1.20 M.

Nr. 43.

Berlin, 20. Oktober 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: S. 428: Der Austritt aus dem Völkerbund und der Osten. / S. 434: Politik und die Weltmissionen. / S. 455: Das Problem einer deutsch-polnischen Kooperation. — Das deutsche Kapital in Ostpreußen. / S. 466: Kultur des RPK. — Einige neue Völkerbundsmomente. — China-Debatte. / S. 484: Wirtschaft in Polen. / S. 486: Das politische Verhältniss in Polen. / S. 491: Eine der Arbeitskonferenzen in Genua. — Neue Momente. / S. 492: General Ritter von Epp. — Dr. Lüdtke vor der süddeutschen Presse. / S. 495: Besucht den deutschen Osten. — Mitteilungen des RPK.

## Der Austritt aus dem Völkerbund und der Osten.

Was die Andersart an der Politik des Führers immer wieder in Erstaunen versetzt und verwirrt, das ist der Mut zu Großzügigkeit und Geradsinn im Handeln. Vielen Mut hat der Führer hundertfach im innerpolitischen Machtkampf bewiesen, unbekümmert darum, ob bösswilliger Unverstand oder gut gemeinte Kritik ihm „Überheblichkeit in Forderungen“ und gar „Mangel an taktischer Geschmeidigkeit“ glauben vorwerfen zu müssen. Der Erfolg ist schließlich, allen Mißnehmern und Wehrwillern zum Erbarmen, immer wieder die beste und unumverlegliche Rechtfertigung für ihn gewesen. Das hat ihm als dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung selbst in den schwierigsten Augenblicken des inneren Machtkampfes die Gefolgschaft der Massen gesichert; und das sichert ihm als dem Kanzler des Deutschen Reiches auch die Gefolgschaft der Nation in dem Augenblicke, in dem er es für notwendig hält, der deutschen Außenpolitik durch den Austritt aus dem Völkerbunde und aus der Abrüstungskonferenz eineentscheidende Wendung zu geben.

Durch den Entschluß des Führers wurde eine unerlässliche Voraussetzung der Spannungen vom deutschen Volke genommen. Die internationale Situation, die hoffnungslos verfahren schien, wurde mit einem Schlag geklärt. Deutschland war aus die Abrüstungskonferenz zurückgekehrt, als die Mächte ihm in feierlicher Form die Gleichberechtigung auf mehrpolitischem Gebiete zugesagt hatten; aber es hatte keinen Sinn mehr für Deutschland, dort Verhandlungen weiterzuführen, die zur Ergebnislosigkeit verurteilt sein mußten, nachdem sich die Gegner darüber verständigt hatten, daß Deutschland nicht ein zweimal gegebenes Versprechen eingelöst, sondern ein neues Diktat auferlegt werden solle. Deutschland war in den Völkerbund eingetreten im Vertrauen darauf, in ihm ein Instrument für die Überwindung des in Versailles geschaffenen Gegensatzes zwischen „Siegern“ und „Besiegten“ zu finden, aber es ist für Deutschland unmöglich geworden, weiterhin in einer „Auktilation“ teilzunehmen, die sich mehr und mehr als eine Belastung für den Frieden herausgestellt hat. Deutschland hat sich, indem es aus dem

Völkerbund ausgetreten ist, von der geschlossenen Front seiner Gegner abgesetzt, nicht um sich gänzlich zurückzuziehen, sondern um sich mit einzelnen von ihnen auf einer anderen Plattform, die bessere Verständigungsmöglichkeiten bietet, zu treffen.

Das Ausland ist sich einig darüber, daß der Auszug Deutschlands aus Genf eines der sich am niedrigsten politischen Ereignisse der Nachkriegszeit ist. Es bemerkt, daß Deutschland mit unbegrenzter Konsequenz an seiner Gleichberechtigungsforderung festzuhalten gedenkt, daß der Völkerbund in seinem Bestande bedroht ist, und daß die Abrüstungskonferenz nicht in dem erwarteten Sinne fortgeführt werden kann. Teils nahm es diese Callaschen mit ratloser Bestürzung zur Kenntnis und teils bemühte es sich, Deutschland in der gewohnten Weise die Schuld am Scheitern der Genfer „Sriedensbemühungen“ in die Schuhe zu schieben. Teils glaubte es, die weitere Entschiedenheit „radikal abzuwarten“ zu können und teils meinte es, jetzt mit Gewalt aufzutreten zu müssen. So verhielten im Auslande die Urteile über die Gründe und Folgen des deutschen Vorgehens sind, so sehr stimmen diese Urteile doch darin überein, daß ihnen jedes Verständnis für die tieferen Impulse dieses Vorgehens fehlt. Die Abkehr Deutschlands von Genf ist eine Abfolge aus die politischen Maßnahmen der liberalen Reichspolitischen Weltens, dessen typischer Exponent der Genfer Völkerbund ist. Sie ist eine Abfolge an eine Politik, die auf den Beschlußes unverantwortlicher Mehrheiten basiert. Es widerspricht dem Ansehen einer schließlichen Nation, wenn den Delegierten einer internationalen Konstitution das Recht eingeräumt wird, über die moralische Qualität dieser Nation ein Urteil zu fällen.

Es ist notwendig, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde mit der Gesamtentwicklung der europäischen Ostens in Verbindung zu bringen. Wahrscheinlich ist es, daß der erste Schrecken über das deutsche Vorgehen die anderen Staaten veranlassen wird, sich der „Abkehr“ einer imaginären „deutschen Gefahr“ wieder irgendwie zuzulammenzuschließen. Aber man darf eines nicht übersehen: Die O-P- und S-P-Staaten sind



Reichsstatthalter General Ritter von Epp, Mitglied des Führerrates des Bundes Deutscher Osten. Text siehe Seite 462.

im Ausbruch begriffen wirtschaftlich, vollständig und geistig. Revolution; aber die nationaldemokratische Ideologie, die seit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts ihre intellektuellen Schichten beherrscht hat, ist im Erliegen. Frankreich hat diese Staaten Jahre hindurch durch Ansehen über Wasser gehalten und ihre finanzielle Unselbständigkeit als politisches Druckmittel benutzt; selbst aber der Goldstrom verfließt ab, und selbst dem es offensichtlich genug ist, daß die Welt nicht auf sich selbst zu halten vermag, nicht durch Pariser Kredite zu befehligen. Beginn damit, daß die Unabhängigkeit an Frankreich zu schwinden. Dazu kommt, daß diese Staaten ja der Pariser Diplomatie — vor allem seit dem Abbruch des Viererpaktes — nicht mehr das Vertrauen beifügen, das Frankreich ihnen im Falle einer akuten Gefahr beibringen wird. Auch trägt das wachsende Selbstbewußtsein der südländischen Politiker, die in immer größerer Zahl nicht im transalpinischen Besitze erregenen Kreise entflammen, mit dazu bei, daß diese Staaten den verhältnißlichen Streit führen, eine Politik auf eigene Faust zu betreiben.

Polen fühlt sich schon stark genug, ohne Rückfrage am Quai d'Orsay eine eigene Außenpolitik zu betreiben und in dem bisher unzulässigen Gegenüber zwischen Moskau und Bukarest die Rolle eines Vermittlers einzunehmen. Die Balkanstaaten, die in den Balkanstaaten drängen Bewegungen zur Macht, deren Übergang und politisches Wollen mehr an das Sorbonne noch auf dem Montmartre beheimatet sind. Um Donaucau macht sich ein steigender italienischer Einfluß bemerkbar. In den Kreisen der Kleinen Entente ist von dem Zusammenbruch der verbündeten Heere die Rede. Und zwischen den Hauptstädten des Balkans werden Jäden gesponnen, die durch die alten Gewohnheiten der Selbstlosigkeit und Solidarität zu gelangen. Das sind gewiß alles noch recht vage Gebilde und recht unvollendete Pläne, und man wird sich hüten müssen, ihre Bedeutung für die politische Praxis des Augenblickes zu überschätzen. Unverkennbar ist aber in allen Oststaaten der Drang, sich von der französischen Besatzungsmacht zu emanzipieren. Es liegt nahe, dem Ausbruch Deutschlands aus dem Völkerbund mit dieser Entlassungstendenzen der Oststaaten in Parallele zu stellen. Welche Ereignisse entpingen der gleichen Absicht: sich politisch vom Westen zu lösen, und dem gleichen Wunsch: sich auf sich selber zu stellen und eine Politik zu betreiben, wie sie den Notwendigkeiten des eigenen Raumes und des eigenen Volkstums entspricht. Damit ist freilich noch keine praktische Annäherung zwischen Deutschland und den Oststaaten gegeben. Denn den Verhandlungen dieser Länder an eine größere Selbständigkeit gegenüber der Pariser Diplomatie liegt ja ganz offensichtlich und eingetandenermaßen zunächst eine antideutsche Absicht zu Grunde. Aber das Ergebnis der Bemühungen ist, wenn sie fortgesetzt werden, am Ende doch dies: daß Frankreichs Hegemoniestellung im mitteleuropäischen Räume erschütterter wird. Denn aber mehr in der Kategorie der westlichen Faktoren verschwand, der heute noch eine Annäherung Deutschlands an die Oststaaten verbindet.

## Vollzug und die Legitimitäten.

Die nationalsozialistische Bewegung ist auf dem Standpunkt, daß die Führer der ihr feindlichen Parteien nicht bedeutend genug sind, um mit Gewalt aus dem Wege geräumt werden zu müssen. Sie ist der Ansicht, daß der Terror nicht das geeignete Mittel ist, um den Ziel zu gelangen, das sie sich vorgewählt hat, nämlich ein in Parteien und Interessengruppen zerfallenes Volk zu einer großen Gemeinschaft zusammenzufügen. Auch pflegt die nationalsozialistische Bewegung das, was sie vorhat, durch geeignete Kräfte und gründlich durchzuführen zu lassen. Und schließlich hat sie nicht das geringste Ansehen daran, daß ihren Gegnern die Chance gegeben wird, sich als Mitglieder aufzustellen zu können. Mit diesen Befindlichkeiten erwidert sie von den Reaktionen über die von verfeindlichen Seite ausgehenden Hauptangriffe die nationalsozialistische Bewegung ist die Urheberin des Attentates auf den Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß gewesen. Vollen Umfanges und Folgen des Attentates nicht vielmehr vermuten, daß zum mindesten dessen mittelbare Anklänge in den Kreisen um Sey und Starobinsky zu suchen sind? Warum haben es denn die Wiener Regierungskreise nicht sofort dem Chef der Wiener Staatspolizei, Hofrat Dr. Heberich, aus seinem Amt zu entfernen, als dieser in Erfüllung seiner Amtspflicht sich nicht davon abbringen ließ, die Verbindungen des Attentäters zu den legitimistischen Kreisen zu unterbrechen?

Dollfuß hat seinen „Dankettel“ erhalten. Er ist schon vorber der Erlangung seiner legitimistischen „Freunde“ gewesen; ihnen zuliebe hat er mit den Verbindungen der Bewegung und mit dem Einfluß der Christlich-Sozialen düpiert. Nach außen erweist Dollfuß als Sieger. Man hat ihn als Opfer eines schändlichen Verbrechens für die Presse im Schlafanzug fotografiert, und Starobinsky ist zu ihm gekommen, um ihm seine Erinnere zu „unterstellen“. An Wirklichkeit hat sich Dollfuß in einem nur noch hoffnungsloseren Abhängigkeit von den legitimistischen Legitimitäten verstrickt. Es ist wohl klar, um nichts anderes übrig bleibt, als die „Dankettel“ der legitimistischen Kreise zu treiben, die allein noch bereit sind, ihn gegen den Wider-

stand des Volkes zu halten. Verzichtend für die politische Situation, in der sich Dollfuß befindet, ist das Collegium, das er nach dem Attentat von dem Sohne der kaiserlichen Landesverwalterin Jita erbt: „Räuber und ich“, heißt es darin, „danken aus ganzem Herzen Gott, der Österreichs Streitigkeiten endlich seinen Heim erwidert hat. Die Welt umschließt in die Unabhängigkeit unseres geliebten Vaterlandes vergessen. Denn mit Gottes Hilfe wird die schmachvolle Zeit Österreich und das ganze Volk in dem Willen bestärken, keine geschichtliche Mission zu erfüllen, der meine Vorfahren ihr Leben gewidmet haben.“ Die Legitimitäten halten ihre Zeit für gekommen. Während die Verluste, durch eine Beirat ihres Sohnes mit der jüngsten Tochter der italienischen Königsfamilie der Reichsregierung am Unfall des Heufuß Sabotage zu interzellieren, beginnen in Österreich die legitimistischen Kackien Stimmung für die Rückkehr ihres Herrscherhauses zu machen. Der Legitimitätsführer, Oberst Wolff, glaubte in einer „Dresskondemne“, zu der er die Vertreter der in- und ausländischen Zeitungen geladen hatte, erklären zu können, die legitimistische Bewegung „wird Österreich die Rechte zurückgeben, die sie früher beseitigt hat“. Hoffen dürfen, ihren Kaiser in Wien früher begrüßen zu können, als es den Ungarn verweigert sein werde, ihren König in Budapest zu empfangen.“ An Wien für die Stimmung los, meinte der Legitimitätsführer weiter feststellen zu können, das es „nur noch eines Schrittes der Regierung“ bedürfte, um so weit zu sein, daß die kaiserliche Familie aufstandslos nach Österreich zurückkehren könne.“ Man kann nicht ermannen, daß die Stimmung in den Kreisen um die „Dankettel“ überhaupt Weit darauf legen, sich darüber zu informieren. Die Wahlen, die in diesem Herbst stattfinden sollten, wurden verschoben. Es kommt den Legitimitäten darauf an, Zeit zu gewinnen. Sie hoffen, bei der allgemeinen Umgestaltung der politischen Dinge im Südosten einer Verwirklichung ihrer Pläne näher kommen zu können. Sie wissen, daß der Sieg des Nationalsozialismus in Österreich die Legitimitäten in die Welt der dynastischen Interellen noch einmal die deutsche Einheit zerstören.

Dr. Kradel.



# Aufreiß des Bundes Deutscher Osten

Der Jahrer hat die Nation zur Volksabstimmung über die Politik der Reichsregierung aufgerufen. Der Bund Deutscher Osten, die Off-Organisation des deutschen Volkes, bekennt sich in dieser für die Zukunft entscheidenden Stunde freudig zu der Politik des Führers, die der freibleibenden Anerkennung des Zusammenstehens der Völker habereitende Wege weist.

Der Bund Deutscher Osten erhebt in der konsequenten Bereinigung der aus der überallsithlichen Staatsauffassung resultierenden Zeit zusammenhangs Verfechtung des westlichen Militärs, dem Wirtschaftsimperialismus, dem Druck auf eine Politik, die die Nationen in gegenseitiger Achtung vor Ehre und schiffiger Leistung und in dem Willen zu wirtschaftlichem Ausgleich miteinander verbindet.

Der Bund Deutscher Osten fordert daher alle Volksgenossen auf, in dieser für Deutschland und Europa schicksalhaften Zeit geschlossen und einmütig hinter der Reichsregierung zu stehen.

## Danzig ohne Völkerbunds-Kommissar.

Auf der 67. Sitzung des Völkerbundsrats wurde der Danziger Völkerbunds-Kommissar Helmer Kolling zum Direktor der Minderheitsabteilung des Völkerbundssekretariates ernannt. In letzter Stunde war von französisch-polnischer Seite der Versuch gemacht worden, diese Wahl zu verhindern. Das „Journal des Nations“ brachte ein wenig gehobenes Stimmgespräch auf, in dem ihm in der Besetzung seiner Pflichten, Führung und Unterstützung des Rationalismus in Danzig und offene Sympathie für den Rationalismus vorgeworfen wurden. Die Verluste, die Ernennung Kollings zu verhindern und der Vertreter einer anderen Macht zu präferieren, sind jedoch gescheitert. Deutschseits wurde die Wahl Kollings zum Direktor der Minderheitsabteilung begrüßt. In seiner langjährigen Tätigkeit als Völkerbundssekretär und als Völkerbunds-Kommissar in Danzig hat er stets in hohem Grade objektiv und gerecht seine Geschäfte geführt und ein in Genf seltenes Verständnis für die deutschen Interessen gezeigt.

Die Verhandlungen über die Neuorganisation des Danziger Völkerbunds-Kommissariats ziehen sich in Genf schon mehr als ein Jahr. Die Polen weigern sich harrnäckig, den Vertreter einer Großmacht auf diesem Posten anzuerkennen, weil sie den Einfluß der hinter einem solchen Kommissar steht, als hinderlich für ihre Politik gegenüber Danzig empfinden. Am unangenehmsten scheint ihnen ein Engländer auf diesem Posten zu sein. Sie haben mit einigen englischen Kommissaren bereits „schlechte Erfahrungen“ gemacht. Denn diese haben naturgemäß die Grundlinie der englischen Politik eingehalten, d. h. dafür Sorge getragen, daß die durch Polen vertretenen polnischen Interessen der Offise nicht allzu sehr zum Schaden des englischen Einflusses ausbreiten. Den Polen ist der Vertreter eines kleinen Staates, der keine weitreichenden eigenen Interessen in der Offise verfolgt, natür-

gemäß lieber als der Repräsentant einer Großmacht wie England oder Italien. Mit dem Holländer van Hamel, der schon einmal den Danziger Posten bekleidete, wären die Polen sicherlich einverstanden gewesen, van Hamel, der in Danzig weder persönlich noch politisch in gute Erinnerung ist, hat sich bereitwillig bereitwillig gemacht, Danzig und Polen seine „guten Dienste“ als Kommissar anzubieten mit der abtunlichen Begründung, daß er schon immer eine Politik habe betreiben wollen, wie sie heute die nationalsozialistische Regierung in Danzig verfolgt. Dr. Kauchung hat ihm das aufbringliche Herz die einzig richtige Antwort gegeben: Er hat ihn nicht empfangen. (Über die Anstalten von Danzig bezüglich der Danziger Frage siehe „Offense“, 1933, Nr. 43.)

Die Kolling-Sache ist bereits niedergelegt hat, und der Völkerbunds-Kommissar in Danzig wird ein neuer Kommissar zu wählen, ist Danzig jureit also ohne Völkerbunds-Kommissar. Es besteht demnach ein verregiologischer Zustand. Damit liegt rechtlich eine Verletzung des Verzeiler Vertrages vor, denn der Völkerbund ist verpflichtet, der Freien Stadt Danzig einen Völkerbunds-Kommissar zu stellen. Der englische Außenminister Simon hat nach der ergebnislosen Wahlung die seit vielen Jahren von der englischen Regierung im Völkerbundrat ausgeübte Verbindlichkeit über sämtliche Danziger Fragen niedergelegt. So hat Danzig gegenwärtig also nicht einmal einen Vertreter in der Offise, in Kat, in Zukunft, wie er seit dem Bestehen der Freien Stadt Danzig noch niemals eingetreten ist. Sollten in den folgenden Wochen zwischen Danzig und Polen Verhandlungen stattfinden, die schiedsrichterlich vom Völkerbunds-Kommissar zu regeln sind, so werden die beiden Regierungen jedoch müssen, neue Wege einer direkten Regelung ohne Völkerbund zu finden.

## Offland-Woche.

### Der Polenbund blamiert sich in Genf.

Wie zu erwarten, haben die Polen mit ihrem Verschwerden über die deutsche Minderheitspolitik in Genf wieder einmal „Dach gebohrt“. Das liegt nicht etwa daran, daß der Völkerbund das Bedürfnis gehabt hätte, mit Aufsehen hervorzutreten, sondern das liegt an der Belanglosigkeit und Haltlosigkeit der polnischen Verschwerden selbst. Der Polenbund hatte z. B. dem Fall Potempa nur den Völkerbund gebracht. Seine Verschwerde über die Behauptung hinaus, daß Dietrich von polnischen Minderheit angebohrt habe und seine Eötung ein Beweis für die Unfähigkeit der Vöge dieser Minderheit ist. Der von Völkerbund ohne Ausnahme angenommen Bericht selbst der polnische Vertreter verzweifelte auf eine mittlere Stellungnahme — stellte dagegen fest, daß die polnische Auffassung des Solles Potempa auf unzureichende und unzuverlässige Verhellungen verschiedener Zeitungen zurückgebe, eine Verschwerde daher unangebracht und unbedeutend ist. Weiter hatte sich der Polenbund über die angebliche Beeinträchtigung der Wahlfreiheit der polnischen Minderheit beschwert. Diese Verschwerde bezog sich auf die Abänderung des Reichswahlgesetzes vom September 1933, durch die die Minderheit polnischer Wähler in den Wahlen vorher in einem Wahlkreis oder Wahlkreisebezirk nicht mindestens ein Mandat gemessen hatten, zu den Reichstagswahlen vom 5. März mindestens 60 000 Untertürfen beibringen müßten, um eine Wahlzelle aufstellen zu können. Diese Verbilligung — wie erinnerlich — nicht gegen die polnische Minderheit, sondern gegen alle Spitterparteien gerichtet, und die dem Zweck, polnischen der großen Parteien eine gewisse Klarheit der Wahlzelle zu erzielen. Der deutsche Vertreter in Genf konnte auch mit Recht darauf hinweisen, daß die Polen nach den Ergebnissen früherer Reichstagswahlen ohnehin keinerlei Aussicht hatten, ein Mandat zu gewinnen und daß sie ja auch bei den zugleich stattfindenden Landtagswahlen in ihrem belien Wahlkreis, Oberhessen, nur etwa ein Viertel der Stimmennacht erreicht haben, daß für ein Reichstagsmandat nicht. Der Erklärung des deutschen Vertreters hatte der Völkerbund nichts mehr hinzuzufügen.

### Verbot der Bauern- und der Linksparteien?

Das Oberste Gericht in Warschau hat die Urteile des Großer Projekts bestätigt. Damit hat das höchste polnische Gericht die „hochverräterische“ Bauern- und Linksparteien der polnischen Bauern- und Linksparteien, deren Führer seinerzeit für einige Monate im Westler Konzentrum festgesetzt worden waren, be-

stätigt. An manchen polnischen Regierungskreisen scheint man über Lust zu haben, aus diesen höchstrichterlichen Urteilen schwerwiegende Folgerungen zu ziehen, nämlich die jetzt als staatsgefährlich abgeklärten Parteien zu verbieten und aufzulösen. Was die Sozialisten anlangt, so würde ein Verbot praktisch ziemlich bedeutungslos sein, denn die Sozialdemokratischen Parteien in Polen überrufen schon lange keine irgendwichtige Bedeutung mehr zu. Sie ist — nicht anders als in anderen Ländern — an der geistigen Inproduktivität ihrer Führer zugrunde gegangen. Aus ihren früheren Machtpositionen, Krankenklubs, Gewerkschaften usw. ist sie schon längst hinausgedrängt worden. Schwerer ins Gewicht fallen würde ein Verbot der Bauern- und Linksparteien, vor allem dieses Verbot, auch auf die Rebeorganisationen der polnischen Gruppen ausgedehnt würde. In der ländlichen Bevölkerung stellt sich ein starkes und solches besitzt Wiles mit seinem Kreis eine verhältnismäßig starke und in letzter Zeit wieder anwachsende Anhängerstaffel. Die unzureichenden Hilfsmaßnahmen der „Willschick“-Regierung für die völlig am Boden liegende Landwirtschaft treibt die Bauern ins Lager der Opposition, wo man mit radikalen Forderungen recht großzügig umzugehen verlangt, die die Wirtschaft durchzuführen, die Wirtschaft in der Gruppe durch die Wits-anbanger ist für die Regierung immerhin eine erste Warnung gewesen. Ein Verbot, das sich den Sozialdemokraten gegenüber vielleicht reibungslos durchführen ließe, könnte bei den Bauernparteien den Widerstand stärken und die Lage der Regierung erschweren.

### Das deutsche Schulwesen in Wolynien.

Während im vorigen Jahr in Wolynien einer Reihe von deutschen Kantoren die Unterrichtserlaubnis entzogen war, haben die deutsch-wolynischen Kolonialgemeinden den Entschluß gefaßt, an der privaten evangelischen deutschen Volkschule auf in Zukunft festzuhalten und die Zuordnung ihrer Schulen gemäß den Bestimmungen des neuen Schulgesetzes durchzuführen. Dazu gehört vor allem, daß die qualifizierten Lehrkräfte in Wolynien zu werden, die die Berufsangehörigen unterrichtet in ihren Lehrerseminaren in Bielefeld und Paderborn erworben haben. Ebenso wichtig ist die geforderte bauliche Veränderung der Schulgebäude, die in Wolynien bisher verhältnismäßig primitiv hoch und deren Umbau und Umänderung natürlich geraume Zeit und viel Geldmittel erfordert. Mit großer Eifer und unermüdlicher Konsequenz ist eine Reihe der Schulen der Kolonialgemeinden bereits durchgeführt worden. Am Reichstag in Paderborn hat eine große Zahl kleiner Kolonien umfaßt, bestehen seit diesem Schuljahr

# Der polnische Aufstand in Posen.

20. Fortsetzung.

Von Hermann Pischke.

Jämmerlich war auch die Stellung der Provinzialparlamente. Selbst ihrer Wirksamkeit waren nur den Augen der Öffentlichkeit verdächtig. Wo sie einmal hervortraten, waren sie nicht erfreulich. Oberpräsident, Regierungspräsident und Polizeipräsident hatten nicht nur in ihrem Amtsbereich, sondern auch sonst jede Mächtigkeit verloren. Ganz wurde es für beide am Tag zu groß schwerer, sich überhaupt noch in ihrer Stellung zu halten. Der Ministerpräsident Krieger, der Minister Graf und a. Gerlach waren in Posen gewesen. Ihr Verhalten konnte sie nicht stärken. In personlichem Beamtungsamt binsten sie den neuen Vorgesetzten der Revolution wie den polnischen Beamten mit gleicher Demutbeispiel trotz grandförmlich anderer Auffassung in mechanischer Unterordnung, ohne dabei das Wohl des Reichstums oder des Staates als den höheren Gesichtspunkt zu beachten und ihre Verantwortlichkeit dafür einzuflehen. Die Beschlüsse der nationalen Versammlung verweigerte bei ihnen ganz. So konnte es kommen, daß zur großen Enttäuschung der Polen der stellvertret. Kommandierende General in vollen Übereinstimmung mit dem poln. Oberen Volkstruppentransporte, die für gefährdete Bezirke bestimmt und zum Kriegsmilitärtransport verflochten, am 19. November im Gebiete des V. Armeekorps anhalten und zurückverfordern ließ. Endlich eine selbständige Besetzung, aber eine Handlung gegen das deutsche Interesse und die Oberen Militärbehörden, doch im Sinne des Herrn v. Gerlach, der in demselben Tage gerade in Posen war, und im Sinne der polnischen Wünsche. Wir hatten das Schauspiel, daß an dem in vier Kriegsjahren und dann in der Revolution jämmerlich jugendlichen Wägen der deutschen Wehrmacht tatsächlich ein Pferd und das andere hinten angepaßt wurde.

Es konnte nicht ausbleiben, daß bei dieser Fügigkeit der Stellvertret. General in der Öffentlichkeit eine schlechte Figur machte. Die öffentliche Meinung ist auch in polnische Stimmen übergegangen. So hat der Vertraute Rybka in seiner Broschüre „Sprengende Fesseln“ (Polen 1919) von der Tätigkeit im Generalkommando und dem Kommando General folgendes Bild entworfen:

„Wir traten in das Zimmer Sr. Excellenz ein, er legte mir Telegramme und Briefe zur Unterrichtung vor und trat uns zwei Zimmer zu unserer Verfügung ab. ... Aus dem einzelnen Abteilungen kommen Offiziere, Oberleutnants, Unterleutnants und Oberstleutnants, die der inneren Angelegenheiten verwalte, gab mir Informationen über den ganzen Apparat des Generalkommandos und stellte mir einen Ausweis mit dem Siegel beglaubigter Unterrichts aus, daß ich der Bevollmächtigte des Generalkommandos des V. Armeekorps sei. Außer den gewöhnlichen Arbeiten fanden auch Konferenzen statt, aber nur an den wichtigsten Tagen. Ich wurde mit dem Kommando der 1. Division des Berlin-Regiments beauftragt, die die Deutschen eine besondere antipolnische Armee aufstellen zur Sicherung der Grenzen und des Deutschen Landes. Ich eilte zu General Schimmelpenning und protestierte energig gegen den Abtransport von deutschen Truppen in die Grenzgebiete. Ich bemies ihm unweilnehmlich und nachdrücklich in Anwesenheit der anderen Delegierten, daß wenn nur ein Regiment im Gebiete des Herzogtums Polen einstellt, ist dafür kein Grund vorhanden. Die Generale vom Generalkommando des V. Armeekorps abgesetzt werden, und daß sich Polen in einigen Stunden in polnischen Händen befinden wird. Sie werden jubeln, Herr General, daß wir Polen hier in jeder Stunde an Kräften zunehmen und das tobenmäßige Übergewicht haben.“

Er erklärte ihm weiter, daß wir trotzdem den Befehl der Stabskonferenz abwarten müssen, der uns unüberwindlich sind, was uns gehört. Der General war ganz erschüttert und antwortete mit folgenden Worten: „Meine Herren, glauben Sie mir auf mein Offizierswort und meine ganze Seele, daß, solange ich an dieser Stelle bin, die Kruppen des Heimesaufmarsches nicht in den Bereich des V. Armeekorps kommen werden. Etwas Abheimes tue ich nicht und mit Hand in Hand mit Ihnen arbeiten. Über 30 Jahre habe ich meinem Vaterland treu gedient, und es macht mich nicht, die Uniform auszugeben und auch inhaltlich mit dem Gedanken des Umwälzungen des ganzen Staates abzufinden und Ihr Stund zu sein, aber heute erkläre ich Ihnen, meine Herren, daß ich mit Ihnen völlig übereinstimme. Reichen Sie mir die Hände, damit wir gemeinsam vertrauensvoll zusammenarbeiten.“

Dieses Verhalten reizt ihn würdig dem des Reichskanzlers Verhalten ab, der, anstatt in London sich für Deutschland zu verbündeln, der Konferenz etwas vorzuziehen, mehr er sich von Lloyd George eine ganz geringe Unterstützung zu erhalten lassen wollte.

Wohl schreit Rybka im Hoffentlich, eine große patriotische Tat vollbracht zu haben. Das macht ihn übermäßig. Dazu übertrifft er in vollständiger Eitelkeit gern und ist immer in Gefahr, zu flunkern. Das alles in Betracht gezogen, bleibt doch ein gutes Stück von der Charakteristik an dem Kommando. General übrige, zum die Taten für die Reichsregierung sprechen.

Unter solchen Umständen wurde schließlich auch die Stellung des Deutschen Volkstruppens unklar. Die klare Linie, in Berlin unter allen Umständen für eine zuverlässige deutsche Besetzung der Stellung Polen einzutreten, wurde verlassen. Dazu mag auch der Wechsel in der Leitung beigetragen haben. Houtermans hatte geben, ihn von dem Posten zu entbinden, da er sich nicht mit seinem Hauptberuf vereinigen konnte. Professor Herrmann wurde sein Nachfolger. Ein ehrgeiziger Mann von sprühender Veredsinnigkeit, ohne jedoch Charakter und ohne einen eben politischen Instinkt und ohne Beharrlichkeit. Er war nicht der Mann, zwischen dem Druck der Berliner und Polener Behörden und den ungelähmten Forderungen der Polen die Sohle des

Deutschtums mit Kraft und Unbeugbarkeit zu vertreten. Ich zählte zu seinen Gegnern. Das kam so.

Mitte Dezember erreichte uns die Nachricht, daß die Reichsregierung eine Besetzung der Stellung Polen mit 2000 zuverlässigen Soldaten beabsichtige. Da brach mir ein Sturm die Nachricht, daß Prof. Herrmann gegen Mittag nach Berlin fahren würde, um für die Zurückhaltung der Militärs zu sprechen. Ich lief sofort an die Geschäftsstelle des Deutschen Volkstruppens, wurde aber nicht vorgelassen. Da Prof. Herrmann in einer Beratung begriffen war, nachdem ich längere Zeit gemortet hatte, kam er reisefertig heraus, um zum Bahnhof zu gehen. Ich hing mich an ihn, begleitete ihn ein Stück Wegs und bestürmte ihn auf das eindringlichste, doch für eine möglichste starke Besetzung einzutreten. Ganzes Schmeigeln. Dann platzte er heraus: „Und wo bleib ich?“ Professor Herrmann hatte keinen militärischen Beruf aufgegeben und sah die Stellung als Leiter des Deutschen Volkstruppens wohl als eine Art Verborgensehle an. Ich blieb zurück stehen. Er ging weiter. Von Stund an war meine Einmischung in ihn abwendend. Das hat zwar nicht meine seltliche Mitarbeit im Deutschen Volkstrupp beinflusst, wohl aber das Vertrauen in seine Führung vernichtet. Die Besetzung blieb aus. Wahrheitsgemäß hat das Oberkommando OF es nicht gegen die Besetzung der gestifteten Stund der preussischen und Polener Behörden, der Räte und der polnischen Seite durchzuführen. Die Enttäuschung über das völlige Versagen der Abwehr ist groß, aber auch allen Behörden nur in weiten Kreisen des Deutschen Volks. Es wurde der Wunsch laut, sich über die amtlichen Stellen hinaus an die Engländer zu wenden, und sie zu bitten, die Provinz Polen bis zur Entschärfung der Stabskonferenz zu besetzen. So entstand ein Brief, der die Lage und die Meinung erhellt, wie man sich von der Regierung. Die Bewegung fand namentlich auf dem Lande viele Anhänger. Das war das klagliche Ergebnis der Offpolitik innerer Lage. Auch diese Einbildung vernehmend, als verpörrte die Verhängung der Blockade durch England bekannt wurde. Das Deutschtum in Polen fand vorläufig. Im Kampf um den Grenzschutz hatte sich kein Schicksal bereits entschieden. Die deutsche Regierung hatte sich zu keine Abweisung im Schicksal kennen. Damit war den Polen freie Bahn gegeben. Dem Schicksal stand der Weg frei.

Der polnische Keilgebietsantrag vom 3.-6. Dezember 1918.

Man sprach von seiner Einberufung schon am Vorgen Sonntag, also am Vormittag des 10. November. Wahrscheinlich ist gegen Mittag desselben Tages bereits der Beschluß über die Einberufung gefaßt worden (siehe dazu die 13. Fortsetzung). Der Aufruf ist vom 14. geschrieben, die Lage und die Meinung erhellt, wie man sich von der Regierung. Das war eine solche Abmüdung ohne einen vorgelassen Plan gar nicht denkbar ist.

Der Keilgebietsantrag vom 3. Dezember ist der erste in voller Öffentlichkeit ausgesprochene und groß ausgelegene Plan der Polen in Preußen, sich selbständig zu machen und vom Deutschen Reich loszulassen. Darum kommt ihm für die Beurteilung der Geschichte des Aufstandes eine große Bedeutung zu. Im Material über den Verlauf fehlt es nicht. Auch nicht die Texte nicht fehlen. Ich verweise auf Wehberg „Der polnische Aufstand in seiner Entstehung, Berlin 1919“. Der öffentliche Aufruf zur Besetzung des Keilgebietsantrages heißt:

„Polen! Geheungen bin die Fesseln, die unsere Freiheit kackeln. Mit vollen Vertrauen warten wir das Urteil des Stabskongresses ab, der unter unserer Vorbereitung die Wehrgesinnen unseres Vaterlandes Polen freisetzen wird.“

Genug polnisches Blut ist in diesem überreichen Kriege geflossen. Darum beabsichtigen wir auch, jetzt auf friedlichem Wege zu dem ersehnten Ziele, zur Bildung eines vereinigten Polens, zu gelangen. Von diesem Standpunkt werden wir uns nicht abdrängen lassen durch Heranziehungen, mit denen die Leute nicht sparen, die bisher das deutsche Volk in die Irre geführt haben.

Wir stellen jedoch fest, daß die Gebuld des polnischen Volkes einer schweren Probe ausgesetzt wäre, wenn die Vertreter der früheren Behörden, die uns bisher gegneigt und bedrückt haben, ihre unterirdische Arbeit nicht unterlassen wollten. Man kann auch fürwahr von dem polnischen Volk nicht verlangen, daß es mit denen zusammenarbeite, die es bisher gekränkt und bestrafen haben.

Das polnische Volk hat das Recht, die Weisung der Vants zu verlangen, die ihm bisher mit Gewalt die Höhe, die Sprache, die nationalen und religiösen Abende zu entreißen wurden.

Das polnische Volk hat jetzt schon das Recht zur Beteiligung an der Regierung, das ihm bisher unbilligerweise abgeprochen wurde.

Das polnische Volk hat das Recht, Abtug für seine Befähigung zu verlangen, ebenso, wie es selbst fremde Abende ablehnt.

Das polnische Volk hat das Recht, die Zurückgabe dessen zu verlangen, was Eigentum der Nation ist; denn das Verbrechen der Keilung ruft nach Wiedergutmachung des geschichtlichen Unrechts.

Unsere Interessen heißen unbedingt ein gleichmäßiges leitendes Zentrum in der polnischen Bewegung unserer Völkerverständnis.

In Anerkennung dieses Wohlwollens haben die Abgeordnetenfraktionen und der Exekutivsausschuss des polnischen jütage getretenen bürgerlichen Zentralkomitees den unterzeichneten Kommissaren die Bildung eines

Obersten Volkstrups

als einer Vertretung aller Polen übertragen, die in den bisher durch die Grenzen des Reiches eingeschlossenen Landen wohnen. Gleichzeitig hat man uns preisfällig die Ausübung der Tätigkeit dieses Volksrats übertragen.

Die Bildung des Obersten Volksrats wird auf aufsichtlich demokratischer Grundlage durch Delegierte des polnischen Volkes vollzogen, die gemäß werden sollen durch die Stimmen aller polnischen Männer und Frauen im Alter von mehr als zwanzig Jahren. Die gewählten Delegierten männlichen und weiblichen Geschlechts berufen wir zu einem

#### Polnischen Teilgebietslanage

ein, der am Dienstag, den 1. Dezember, 11 Uhr vormittags, im Camberghischen Saale in Polen zusammenzutreten wird.

Der Eröffnung des Landtages wird um 10 1/2 Uhr eine feierliche Andacht mit Landtagspredigt in der Pfarrkirche vorangehen.

Die Durchführung der Wahlen übertragen wir im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees den bisherigen Wahlorganisationsräten. Da, wo eine solche bzw. der Leiter fehlen, wenden man sich an uns um Anweisungen.

Eine spezielle Instruktion werden wir in kurzem veröffentlicht. Die Wahlen sind bis Sonntag, den 1. Dezember einschließlich durchzuführen.

Der Teilgebietslanage wird uns den Weg des Handelns für die nächste Zukunft vorzeichnen:

1. Er wird den Obersten Volksrat als unsere Oberste Behörde wählen für die Zeit bis zur Übernahme unserer Landesrechte durch die polnische Regierung.

2. Er wird die Grundzüge dafür aufstellen, wie dieser Volksrat interimistisch die Regierungsgeschäfte zu führen hat.

3. Er wird unsere nationalen Forderungen feststellen, wie sie so vielmal von unseren Abgeordnetenfraktionen unermüdet ausgesprochen worden sind.

Wir zur Einsetzung des Obersten Volksrats durch den polnischen Teilgebietslanage verleiht die Leitung der polnischen Angelegenheiten in den Händen der unterzeichneten Kommissare.

In Verbot des Mangels an Zeit und angesichts dringlicher Bedürfnisse werden wir ausschließlich die wichtigsten und unbedingt not-

wendigen Sachen erledigen. In die Hände des polnischen Teilgebietslanages werden wir nach Erstattung des Berichts die uns anvertrauten Ämter niederlegen.

Inwiefern Organisation unserer Landesrechte ordnen wir folgendes an: 1. Die in den Kreisen beliebigen „Bezirke“ werden uns ihre Tätigkeit bekannt, und nehmen den Namen Kreisvolksräte an.

2. Die zur Wahl der Delegierten für den polnischen Teilgebietslanage bestimmten Wählervereinigungen wählen ansgültig, organisieren und ergänzen die Kreisvolksräte

Die Bildung der Volksräte in den Stadt- und Landgemeinden durch die Bevölkerung wird in Verhandlungen vollzogen, die von uns geleitet werden sollen.

Die Volksräte in den Kreisen, Stadt- und Landgemeinden übernehmen die polnischen Angelegenheiten in ihren Bezirken und sie werden

1. über die Aufrechterhaltung von Pünktlichkeit, Ordnung und öffentlicher Sicherheit wachen,

2. da, wo Soldaten- und Arbeiterräte bestehen, werden sie bestritten sein, sich in diesen zu verständigen und polnische Vertreter in sie hinzuzuziehen,

3. sie werden mit den bisherigen Behörden sich ins Einvernehmen setzen sowie Mitwirkung in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, wobei sie ihre Gut auch auf die Personen und die Höhe der nichtpolnischen Bevölkerung estricken werden,

4. sie werden sich der zum Militär heimkehrenden oder durch den Kreis lebenden Soldaten annehmen, ihnen im Bedarfsfälle Beistand gewähren, ihre Freiheit, materielle Eingabe, Disziplin und Eintracht wahren.

Der weise Abter empot, die Erfüllung unseres Sehns, unserer Wünsche und Hoffnungen, die uns getränkt haben in den schweren nationalen Erfahrungen. Treten wir daher in Reib und Gleich, um die Grundlage des neuen Polens zu festigen!

Polen! Der letzte Augenblick heißt den von uns Ruhs, die Anstrengung, die Kraft, materielle Eingabe, Disziplin und Eintracht.

Polen, den 14. November 1918.

Das Kommissariat des Obersten Volksrates.

Geleitender St. Adamski, Adalbert Korfanty, Adam Polojnicki.

(Fortsetzung folgt.)

## Sieg der Freiheitskämpfer in Estland.

Die Entscheidung in Estland ist gefallen. Der Volksentscheid vom 14. bis 16. Oktober hat einen überwältigenden Sieg der estnischen Freiheitskämpfer gebracht und durch den nationalen Erb- und Bluttag in einem Stimmloos, das bis zu dieser Stunde den Cummelapfah einer hemmungslosen Parlamentsdemokratie bildete. Die annäher durch Volksentscheid abgeordnete bisherige Verfassung des estnischen Freistaates gewährte der Volkserreitung eine derartige Stille an unangenehmer Macht, daß mit Zug und Recht nur ein Parlamentsdespotie geteilt werden konnte. Einem Staatspräsidenten, der als einziger nicht, in es selbst als ein tugendhaft verfassungsmäßiger Gewalt, die der Parlamentsmacht hätte Widerpart halten können. Die politischen Parteien, von denen eine der stärksten marxistisch war, konnten völlig ungestört und nach Belieben handeln und wählten und trugen für ihre Maßnahmen und deren häufig verdrerbliche Folgen keinerlei Verantwortung. Die Staatsregierung, die sich aus dem enghörigsten Kreise der Parteiführer ergabte, stellte nichts weiter dar, als einen Vollzugsauschub der allmächtigen Parlamentsmacht. Eine solche Überhebung des demokratischen Gedankens, der ja an sich schon und auch in seinen gemäßigteren Erscheinungsformen innerhalb der abendländischen Staatenwelt immer entscheidender an Boden verliert, mußte notwendigerweise zu einem Staatsnotstand führen, zu demart heillosen Zuständen in Staatsführung und Verwaltung, daß der nürchtere und gesunde Sinn des Esten sich nicht länger ertragen konnte. In den Stunden in die alleinseligmachende demokratische Staatsform abkehren und nach neuen Wegen Umschau halten mußte. Der neue Weg, den das estnische Volk zu suchen begann, wurde ihm dann von den Freiheitskämpfern gemieien. Der Vorband der Freiheitskämpfer war ursprünglich eine Frontsoldatenorganisation und genau durch Anziehung nationalsozialistischen und schicksalichen Gedankengutes in der Folge immer mehr die Gestalt einer nationalen Bewegung annahm, die sich über die Frontorganisation hinaus alle emporkämpfenden und zukunftsfröhlichen Bestände des Volkes einschloß. Das rasche Anwachsen der Bewegung brachte bald die Anhänger des herrschenden Systems als erbitterte Gegner auf den Plan. Ihre Gegenwirkung bestand zunächst im Wehrtreue, durch eine teilweise Verwirklichung des Freiheitskämpferprogramms der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. An dem Verfassungsentwurf im Herbst 1919 und im Frühling 1923, hatte das estnische Volk Gelegenheit, zu Verfassungsänderungsversuchen der Systemparteien Stellung zu nehmen. Es sollte hierbei eine vorstichtige Erweiterung der Regierungsgeschäfte durchgeführt werden, um dem Drängen des Volkes nach einer Verklärung der Staatsentart entgegenzukommen, ohne indes die Machtstellung der Parteien ernstlich zu erschüttern. Das Volk verwarf jedoch diese Versuche, die die Regierungsgeschäfte zu gewöhnlich in dem estnischen Volksentscheid, im Frühling 1923, war es den einzelnen Wählern bereits vollkommen bewußt, daß eine Ablehnung des Verfassungsentwurfs der Parteien gleichzeitig eine Entscheidung gegen das System und für die Freiheitskämpfer bedeutete. Eine Ausnahme bildeten nur die Marxisten, die damals gegen den Entwurf der Parteien stimmten, weil sie in der nürchere gestifteten Verfassung einen Idealzustand er-

blickten und jede Anberung erbittert bekämpften. Die Wahlberechtigung betrug im Frühjahr 1923 66,4 v. H. Es stimmten 498.139 Wähler, davon 161.598 mit 0, 333.118 mit nein, während der Rest der Stimmen ungenutzt war.

Das System hatte somit eine empfindliche Niederlage erlitten, ohne indessen völlig gezwungen zu sein, aus Kampfplatz zu räumen. Unter dem ersten Eindruck der Niederlage wurde allerdings von einer Selbstauflösung der Volkserreitung und einer Ausdehnung von Wahlberechtigung gesprochen, indessen verflumte dieses Gerüde sehr bald. Das System gab sich noch ein selbigen und stellte sich den immer heftiger ausbreitenden Gegner nochmals zum Kampf. Aufolge angestrebter Durchsichten der Freiheitskämpfer, die nie bestanden haben, wurde im April 1923 in ganz Estland der Verlogungsaufruf erklärt, um die gefährdete Demokratie zu retten. Das System brachte die ganze übliche Skala an Verlogungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Freiheitskämpfer zur Anwendung: Verbot der Organisation, Preisföhen, Behinderung der leiner Unterdrückung, Keruselle Verbotung, Spott und Hohn. Die es sich jedoch in Verlauf des Propagandakampfes der leuten, entflammenden Volksabstimmung über die Freiheitskämpfer vorlage immer selbstär herausstellte, wie wenig hinter den marxistischen Volkserreiteren und den bürgerlichen Systemgrößen stand, verurteilte das Parlament in letzter Stunde gegen heftige Opposition selbst bis in die eigenen Reihen hinein durch Erhöhung des zur Annahme eines verfassungändernden Volksentscheides erforderlichen Stimmens der Freiheitskämpfer zur 2/3 bringen. Durch ein Sondergesetz wurde der Stimmzettel von 30 v. H. auf 50 v. H. oder stimmberechtigten Wähler erhöht. Die Systemkräfte stellten sich, daß eine Verfassungsänderung nürchere auf gelegentlich Wege so gut wie unmöglich sei. Das neue Gesetz trat am 12. Oktober, also zwei Tage vor Beginn der Volksabstimmung, in Kraft; es schritt jedoch ganz im Gegensatz zu den Abstimmungen, die im Herbst durch seine Unterdrückung nicht unmittelbar dem Ende der Freiheitskämpfer beigetragen zu haben. Wir können hier aufs neue den für solche Zeitgenossen überaus bestehenden Umstand erkennen, daß jede feindliche Gegenwirkung letzten Endes sich doch immer nur zugunsten des neuen Prinzipis auswirken muß, sobald die Zeit erfüllt ist. Von rund 70.000 stimmberechtigten Wählern geben nicht weniger als 40.000, d. h. 57 v. H., ihre Stimme für den Entwurf der Freiheitskämpfer ab, während nur 148.000, d. h. 19,5 v. H. dagegen stimmten. Die Wahlberechtigung war diesmal entsprechend der liegenden politischen Ertragung des Volkes eine für Estland ungewöhnlich hoch, nämlich 72,5 v. H. Der Sieg der Freiheitskämpfer ist somit Tatsache geworden, das System ist niedergelungen. Die Regierung Entfallen ist jedoch nicht, sondern wird, wie die Regierung, die die neue Verfassung, oder mindestens Duldung der Freiheitskämpfer zustande kommen wird. In keiner Zeit wird das estnische Volk wiederum um die Wahlrechte gerufen werden, um auf Grund der von den Freiheitskämpfern ertheilten neuen Verfassung den ersten estnischen Staatspräsidenten zu wählen, denn diese Verfassung eine Machtstille gibt, wie sie der Führer der Nation haben

(Fortsetzung auf Seite 461.)





## Besuch den deutschen Osten!

### Herbsthauber auf der Kurischen Hebrung.

In Ostpreußen ist der Herbst in diesem Jahre von einer seltenen Schönheit, und besonders schön ist er zumal aus der Kurischen Hebrung, dieser eigenartig-eigenwilligen Urwälderschaft mit der Einsamkeit der eigentlichen Dünen, in den Karpoffen Eichen im hülflosen Erlethraut. Jetzt leuchtet das Land in den buntesten Herbstfarben, die man überhaupt ansehn kann, die Kiefernbläuel und das Moos färben allmählich ab, und nur die knorrigen Böhren, Sichten und schlanken Kanneen zeigen ihr immergrünes Kleid.

Ein fast unmerklicher Farbenhauber umspielt die hohen Wälderbüden auf der Hoffseite, die der Hebrung ihre charakteristischen Gepräge geben. Der Erläuterung gerät durch die Beschäftigung in Bewegung, mit Säulen und Stäben bilden sich aus den unheimlich feinen Sandkörnern kleine, allmählich wachsende Sandbänke und bringen die Dünen zum Wandern. Wie eine ferne Welt erscheint uns die Aechtungslandschaft, wenn der Nordwest gegen die Ostseeküste drückt und donnert, wenn der feine Sand über die „Alte Dohlröhre“ und die niedrigen Dünsengraber hinweg nach der Hoffseite zu fließt und auf der Saat die Kobelsteine prickselt. . . .

Auf der Hebrung steht mit dem Herbst die große Einsamkeit ein. Die Schar der Sommerkisten flieht allmählich wieder dahin, und für die Einsamkeit beginnt die Zeit der Vorbereitung auf den langen, kalten ostpreußischen Winter. Das härmliche Wetter hat den Flubern- und Herbstfang zum Erliegen gebracht. Jetzt werden Kienäpfel und Holz für den Winter gesammelt, und die Karpoffen werden eingemietet. In dem feinen Dünenland, zwischen den den Wäldern, die unmittelbar an die Dünen grenzen, erreicht die Silber- oder Nieten, dem wegen der Kriebelung hoch oben ihre Häuser keine Keller. In Karpoffen hat man das Pfarrhaus auf einem künstlich hergestellten hohen Hügel erbaut und mit großen Kellern versehen, in denen Obst, Gemüse und

Kartoffeln der gesamten Bevölkerung untergebracht worden. Im Winter ist dann die Pforterstraße hier auch Hülfszeit des Winterertrags der Gemeinde.

Schlich und erfrischend zugleich ist eine Fahrt in den Gebirgsbergh, in die unendliche Stille der großen Einsamkeit!

### Neue Grenzland-Bände in den schlesischen Bergen.

Das schlesische Bergland, das „Land der Bauben“, wird noch in diesem Herbst um eine neue Bände bereichert werden. Am 21. Oktober soll die neueste Reihe „Andreas-Bände im Waldenburger Bergland“ feierlich eingeweiht werden. Gemäß ihrer Bestimmung, eine Stätte deutscher Kultur im Grenzlande zu sein, erhält die Bände in ihren Räumen künstlerischen Schmuck in Form von schlesischen Holzschreibern, und das Bedienungspersonal wird die Eracht des Waldenburger Berglandes tragen. Um den einheitlichen künstlerischen Charakter der Innenausstattung zu wahren, werden die Bände der Gasträume frei von jeglicher Reklame sein. Die Bände wurden vom Verleger für das Waldenburger Bergland errichtet; die Bemittlung wurde dem bisherigen Wirt der „Höhe-Messe-Baube“ in der Hofstraße 64 übertragen.

### Seebienst Ostpreußen soll ausgebaut werden.

Am 18. und 19. Oktober findet in Elstift die alljährliche Seebestbesprechung des Seebienst Ostpreußen statt, die sich in besonderen mit den 1933 gemeldeten Erfahrungen befaßt wird. Angeföhrt des engeren Aufschusses, den gerade der Seebienst Ostpreußen in diesem Jahre gemeldet hat, besteht die Arbeit, die 1933 schriftlich bis Völkch-Statistik ausgedehnten Fortschritten, die sich eines besonders starken Zulpruches seitens der nord- und westpreußischen Gebiete, namentlich auch aus Kreisen der wunderlichsten Jugend erfreuen konnten, im nächsten Jahre zu vermehren.

Schlacht- und Feldzugspfang stammt nicht ein Gedanke aus seinem Kopf. Unbestrittener Feldherr und Führer war und blieb Karl von Lothringen, des Kaisers genialer und getrauer General seit vielen Jahren, der stets mehr sein als sprechen wollte. Er wies den Truppen ihre Plätze an und leitete die Schlacht bis zum Erfolg.

**Ufobom-Wölin.** Ein Heimatbuch und Reiseführer, im Namen der Lehrer-Arbeitsgemeinschaft der Inseln Ufobom und Wölin herausgegeben von Peter August Roffe, Verlag Julius Velh, Langensalza, Berlin, Leipzig, 1933, 2 Bände von 143 und 107 Seiten. Das Buch enthält Beiträge von Mitglieedern der Lehrer-Arbeitsgemeinschaft anderer Inseln Ostpreußens und Wölin. Es will die Augen öffnen für Kräfte, Güter, Schönheiten der Natur dieser Inseln, für die Art, das Leben, die Arbeit ihrer Menschen. Dieses Ziel ist erreicht worden. Wenn wird besonders der Gast aus der Fremde das Buch zur Hand nehmen, um sich durch die lebendig geschriebenen Beiträge über die Wanderungsmöglichkeiten der Geschichte der Inseln, ihre Vögelwelt, seltene Pflanzen oder über Sage und Pflanzung zu unterrichten. Dem Werk sind auch Karten und eine Übersichtskarte der Inseln Ufobom und Wölin beigelegt. Dr. S.

## Mitteilungen des BDO.

### Die Landesgruppe Berlin.

Die Landesgruppe Berlin des Bundes Deutscher Osten eröffnete am 18. Oktober im Garnold-Haus, Berlin-Dahlem, die Reihe ihrer Winterveranstaltungen, die unter das Motto „Der Deutsche Karoln und der Osten“ gestellt ist, mit einem Vortrag des Referenten im Reichsinnenministerium, Pg. Dr. Georg Usabel, M. d. R. Pg. Dr. Usabel, der zugleich auch Leiter der Abteilung für ostpreußische Schulung im BDO, ist, sprach über das Thema „Der Osten im Dritten Reich“. Auf den bedeutsamen Vortrag kamen wir in der nächsten Folge des „Ostland“ noch ausführlicher zurück. Den Gruppen des BDO wird der Vortrag als Werb- und Arbeitsmaterial im Druck zur Verfügung gestellt werden.

### Haus Kurmark

Stufe 15.	Übertrag: 1803,20 RM.
Ehem. Jungfauher Potsdam	30,- „
Ortsgruppe Eberswalde	30,- „
Ortsgruppe Raumburg	15,- „
Landesverband Sachsen-Chüringen, Erfurt	15,- „
Ortsgruppe Arnoldsode	9,50 „
Stand am 18. Oktober 1933 1902,70 RM.	

## Buchbesprechungen.

### Der Sieger vom Kahlenberg.

Einem so betitelten Artikel von Karl Mezgerle in der „Deutschen Zeitschrift“ Nr. 12 (Verlag Georg D. W. Callmey, München) entnehmen wir folgende Stellen, die trefflich die Rolle charakterisieren, die der polnische König Johann Sobieski i. J. 1683 bei der Befreiung Wiens von den Türken gespielt: „Es bedurfte der eigenen Bedrohung Polens durch die Türken, es bedurfte der enghässigen Unterstützung des Papstes, und vor allem: es bedurfte vielen Geldes, um P. h. Sobieski dazu zu bewegen, mit dem Kaiser ein Bündnis einzugehen. Und als Sobieski dem Bündnisvertrag in die Hände des Papstes hatte beschreiben müssen, fuhr er trocken fort, die Tüden nach Paris, zu den ungarischen Aufständischen unter Köközy, ja, zu den Türken zu spinnen. Man fand später im Zell Kara Mustafa das Beweise . . . Zu 4000 Mann hatte der Pole sich verpflichtet. Mit 13000 Mann kam er an, und seinen Anmarsch begleiteten die Klagen der Einwohner über Plünderung, Raubhustung und Gewalttat seiner Soldaten, in deren Trost von 10000 Menschen sich allerlei Gesindel bedeckte. Am 31. August, als die Not längst am höchsten stand, kam er an und ertröbte mit Intrigen und der Erpressung, er werde wieder abziehen, zum Kaiser den Oberbefehl. Die alten, ererbtenen Feindschaften des Heeres, die den Aufhebung nicht für voll nehmen konnten, wurde höchste erbittert. Kaiser Leopold, an sich eine unkräftigere Natur, gab schließlich nach, und J konnte sich Sobieski des Oberbefehls über das gesamte Entsatzlager rühmen. Freilich, das war nur noch außen. Von dem ganzen

## Ostmärktliche Verbandbuchhandlung

Mar Gullig, Zargau/Gibe, Markt 5

liefert alle hier angelegten Bücher und beirat schnellstens auf jede andere gemündete Schrift. Vorkatastratographie u. Wirtschaftstatologie bereitwillig u. kostenlos.

## Endsende, unterstützt einen Ostmärker im Wiederanbau!

Für Tange und Mogen ist gut gefahrt, wenn in der Küche Maggi's Würze verwendet wird. Denn wenige Tropfen der seit Jahrzehnten berühmten Maggi's Würze reichen aus und perfizieren nicht nur ganz überraschend den Geschmack der Suppen, Sosen, Gemüse und Salate, sondern sie machen die Speisen — wie früherhinstes anerkannt — zugleich bekömmlicher. Die sorgsame Hausfrau sollte deshalb Maggi's Würze stets vorrätig halten.

## Im einfachen wie im feinen Haushalt leistet MAGGI'S Würze vorzügliche Dienste



Schon wenige Tropfen verbessern Suppen, Sosen, Gemüse, Salate usw.

